

Prantls Blick - die politische Wochenvorschau



15.07.2018

Sehr geehrter Herr Heinrichs,

"Ich widme dieses Buch meinen Kindern Charlotte und Felix."
Widmungen dieser Art findet man oft auf der Seite 3 von Büchern. Solche Widmungen gelten meist den Kindern, dem Lebensgefährten oder den Eltern des Autors oder der Autorin. Es sind meist nur zwei oder drei Namen, oft verbunden mit einer Danksagung.

Es wäre gut und lehrreich, wenn auch dem Grundgesetz eine solche Widmung vorausginge, sozusagen als Präambel vor der Präambel. In dieser Widmung müssten die Namen der Widerstandskämpfer gegen Hitler stehen – also die Namen des Kreisauer Kreises und die Namen der Verschwörer vom 20. Juli 1944. Neben diesen meist aristokratischen Namen müssten die Namen der linken Widerständler stehen, von denen so viele in den Konzentrationslagern umkamen; die Namen der Roten Kapelle zum Beispiel; dazu die Namen der Weißen Rose und die des Nationalkomitees Freies Deutschland; dazu der Name des einsamen Attentäters Georg Elser, der schon 1939 im Münchner Bürgerbräukeller eine Bombe gegen Hitler gezündet

hatte; dazu die Namen der christlichen Widerständler, des Kardinals Graf von Galen etwa, des Jesuiten Alfred Delp und des evangelischen Theologen Dietrich Bonhoeffer.

Märtyrer für ein besseres Deutschland

Es waren Menschen aus allen politischen Lagern und weltanschaulichen Gruppen, es waren Menschen aus allen Schichten des Volkes – Offiziere, Gewerkschaftler, Adlige, Bischöfe. Gemeinsam war ihnen die radikale Ablehnung von Totalitarismus, Rassenwahn und Menschenverachtung.

Die Ermordung der Mitglieder der Weißen Rose im Gefängnis München-Stadelheim ist jetzt 75 Jahre her. Und die Ermordung der Männer vom 20. Juli jährt sich am kommenden Freitag zum vierundsiebzigsten Mal. Noch am Abend des 20. Juli 1944 wurden Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Mitverschwörer Friedrich Olbricht, Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und Werner von Haeften im Hof des Bendler-Blocks in Berlin erschossen. Viele der anderen Widerständler vom 20. Juli hat dann Roland Freisler, der tobende Präsident des sogenannten Volksgerichtshofs, in Schau- und Schreiprozessen zum Tod verurteilt. Die Widerstandskämpfer vom 20. Juli waren überwiegend keine Demokraten; nicht wenige von ihnen hatten zuvor dem Hitler-Regime gedient, waren selbst in unterschiedlichem Maß schuldig geworden. Sie hatten aber, mit sich ringend, den Weg zum Widerstand gefunden. Mit bemerkenswerter Unerschrockenheit traten sie dem Henker entgegen. Sie sind Vorläufer des Staates des Grundgesetzes.

Die Ökumene des Widerstands

Der 20. Juli: Seit 1952 gibt es an diesem Tag

Gedenkveranstaltungen. Passende und unpassende Worte zum Widerstand gegen Hitler sind gesagt worden. Dieses Bombenattentat einiger Militärs, das am 20. Juli 1944 scheiterte, ist gewogen und nach Interessenlage interpretiert und vereinnahmt worden. Nach dem Ende des NS-Staats wurde Stauffenberg in der jungen Bundesrepublik gern und unwiderrprochen als "Landesverräter" geschmäht. Erst nach einem aufsehenerregenden Prozess im Jahr 1952 galten die Widerstandskämpfer posthum als rehabilitiert. Danach war es dann vielfach so, dass Stauffenberg und seine Verbündeten zu den alleinigen Repräsentanten des besseren Deutschland gemacht wurden. In der DDR wurde ihr Widerstand diskreditiert als der von "Junkern, Militaristen und Reaktionären", die ihre Pfründe gefährdet gesehen hätten. Widerstand wurde, je nach Ideologie, aufgeteilt in den guten und schlechten. Es wäre der Sinn und das Verdienst einer großen Widmung im Grundgesetz, sie alle, alle Widerständler gegen Hitler, in einem großen Atemzug zu nennen – als Märtyrer für ein besseres Deutschland. Es wäre dies die Ökumene des Widerstands.

Was im Widerstandsartikel steckt

Der 20. Juli steht Pate für den Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes, in dem es heißt: "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist." Dieser Satz stand nicht von Anfang an im Grundgesetz, er kam erst 1968/69, also vor fünfzig Jahren, mit der Notstandsverfassung hinein – als Kompromissformel angeblich, um der SPD die Zustimmung zu den Notstandsgesetzen zu erleichtern. Wenn es wirklich so war, dann war dieser Artikel das Beste, was die Notstandsgesetze zustande gebracht haben. In diesem Widerstandsartikel steckt

die Aufforderung, es nicht so weit kommen zu lassen, dass es den großen Widerstand braucht – dieser Artikel ist auch die Aufforderung zum kleinen Widerstand. Der Gedenktag des 20. Juli lehrt, schon den Anfängen von Menschenverachtung entgegenzutreten.

Der Versuch der feindlichen Übernahme des Gedenkens

Es gehört zu den Perversitäten des neuen Rechtsradikalismus, dass ausgerechnet er sich auf diesen Widerstandsartikel beruft, um seine neue Menschenverachtung zu legitimieren seinen neuen Rassismus zu begründen und zum Bruch mit dem "System", also der rechtsstaatlichen Demokratie aufzufordern. Die Pegidisten, die AfDler, die Neorechten und Neonazis, die das tun und sich dafür auf den 20. Juli berufen, betreiben Erbschleicherei. In der Regierungserklärung, die die Widerstandskämpfer für den Fall eines erfolgreichen Umsturzes vorbereitet hatten, heißt es: "Wir wollen die Moral wiederherstellen, und zwar auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens." Und: "Zur Sicherung des Rechts und des Anstandes gehört die anständige Behandlung aller Menschen."

Mit dem Geist dieser geplanten Regierungserklärung lassen sich das Schüren von Fremdenfeindlichkeit, die Hetze gegen Flüchtlinge und die nationalistische Propaganda nicht legitimieren. Das ist nicht Widerstand, das ist Unverstand. Es ist dies der Versuch der feindlichen Übernahme des Gedenkens. Es bedarf des Widerstands dagegen. Dieser Widerstand dagegen besteht im immerwährenden Widerspruch und in einer Politik, die den Artikel 1 des Grundgesetzes nicht für ein bloßes Sprüchlein nimmt: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Es ist dies nämlich der innerste Kern des Rechts.

Ich wünsche Ihnen, ich wünsche uns einen guten Sommer.

Ihr

Heribert Prantl,

Mitglied der Chefredaktion und Leiter des neuen SZ-Ressorts

Meinung

Prantls Leseempfehlung



Die Zeiten des Widerstands waren stets kurz in der deutschen Geschichte. Die Revolution von 1848 und die von 1918/19 und die von 1988/89 sind so etwas wie deutsche Mondlandungen – abenteuerliche Unterfangen, ganz weit weg, unwirklich und verbunden mit dem Gefühl, dass man bald darauf nicht mehr so genau weiß, wozu sie eigentlich gut waren.. Die deutsche Geschichte hat Unruhe nie lange ausgehalten. Der Widerstand gegen die Bismarckschen Sozialistengesetze, der Sturz der Monarchie nach dem Ersten Weltkrieg – ein positives politisches Bewusstsein hat sich daraus nicht entwickelt.

Volker Schröder versucht das zu ändern. Volker Schröder ist 75, er ist ein Alt-Achtundsechziger, studierter Betriebswirt, war zehn Jahre lang Schatzmeister der Berliner Grünen, dann Leiter des Rechnungswesens des Berliner Mietervereins – und hat in seiner Freizeit das Handwerk seiner Eltern fortgeführt, die Bürstenmacherei ("Bürsten vom Besten. Bürsten Schröder seit 1866"). Vor allem aber ist Volker Schröder Gründer der "Aktion 18. März", einer Aktion, die dafür eintritt, den 18. März zum gesamtdeutschen Feiertag zu erklären. Über sich und über seine Aktion hat er ein wunderbar-interessantes, ehrliches, spannendes, lehrreiches, lebenspralles und spinnertes Buch geschrieben. Es ist ein Buch, ein Büchlein eher, über ein 68er-Leben, privat und politisch, ein irgendwie verrückte kleine Publikation; und deren 34 Geschichten sind wie neue Strophen zu Hildegard Knefs Lied "Wer nicht verrückt ist, der ist nicht normal."

So heißt das Buch aber nicht, es heißt im Untertitel: "Mein März-Marathon" – weil es, wie gesagt, Volker Schröder darum geht, dem 18. März zu dem Rang zu verhelfen, der ihm gebührt. Der 18. März ist ein höchst bedeutsames Datum der deutschen Demokratiegeschichte. Am 18. März 1848 kapitulierte das Heer des preußischen Königs vor den Kämpfern für Freiheit und Demokratie. König Friedrich Wilhelm IV. musste seinen Hut ziehen vor Hunderten toten Zivilisten, den Märzgefallenen, die in blumengeschmückten Särgen vor sein Schloss getragen wurden. Ohne die Kämpfe vom 18. März hätte es keinen 18. Mai gegeben, nicht den Tag also, an dem dann die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat.

Das also versucht Volker Schröder ins deutsche Bewusstsein zu heben, er tut es mit einem Buch, das auch ein Rückblick ist auf sein schleifenreiches Leben. Einen Erfolg hatte der März-Marathon immerhin: Der Platz vor dem Brandenburger Tor heißt heute "Platz des 18. März". Die Jahreszahl 1848 fehlt freilich, weil die Platzbezeichnung zugleich an den 18. März 1990 erinnern soll, an den Tag, an dem sich die DDR-Bürger mit großer Mehrheit gegen die Weiterexistenz der DDR entschieden hatten.

Volker Schröder, *Dass ein gutes Deutschland blühe. Oder: Mein März-Marathon.* Das Buch ist publiziert als Book on Demand, es hat 178 Seiten und kostet 18 Euro.

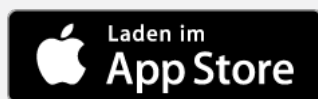
Haben Sie Anregungen?

Kontaktieren Sie uns unter debatte@sz.de

[Zur Startseite von SZ.de](#)

[Ihre Newsletter verwalten](#)

Entdecken Sie unsere Apps:



Folgen Sie uns hier:



Süddeutsche Zeitung

Impressum: Süddeutsche Zeitung GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München

Tel.: +49 89 2183-0, Fax: +49 89 2183 9777

Copyright ©Süddeutsche Zeitung GmbH. Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über www.diz-muenchen.de

Sie erhalten den Newsletter an die E-Mail-Adresse cl.heinrichs@t-online.de.

Wenn Sie den „Prantls Blick“-Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#).

[Datenschutz](#) | [Kontakt](#) | [Abmeldung](#)